

AMENDMENT FORM

Suggestion for Part III

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel A: Aufhebung der früheren Verträge

Am Tag des Inkrafttretens des Verfassungsvertrags werden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957, die Einheitliche Akte vom 17. Februar 1986, der Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 sowie der Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 und der Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 aufgehoben. Ferner werden die im Anhang genannten Rechtsakte und Verträge aufgehoben.

Artikel B: Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union

Die Europäische Union tritt die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaften und der Union in allen ihren internen und aus internationalen Übereinkommen erwachsenden Rechten und Pflichten an, die sich vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrags aus den früheren Verträgen, Protokollen und Rechtsakten ergeben haben; sie übernimmt ferner das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Gemeinschaften und der Union sowie deren Archive.

Die Bestimmungen der Rechtsakte ~~der Organe der Union~~, die aufgrund der in Absatz 1 genannten Verträge und Rechtsakte angenommen wurden gelten unverändert weiter, soweit sie mit der Verfassung in Einklang stehen. ~~Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ist weiterhin maßgeblich für die Auslegung der Verfassung und der vor ihrem Inkrafttreten angenommenen Rechtsakte.~~

Artikel C: Geltungsbereich

(1) Der Verfassungsvertrag gilt für das Königreich Belgien, die Tschechische Republik, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Estland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Ungarn, die Republik Malta, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Republik Polen, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ~~und ...~~.

(2) Der Verfassungsvertrag gilt gemäß Artikel ... des Teils II für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

(3) Auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die in [Anhang II des EGV] aufgeführt sind, findet die im [vierten Teil des EGV] Teil des Verfassungsvertrags festgelegte besondere Assoziierungsregelung Anwendung.

Der Verfassungsvertrag findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dieser Liste nicht aufgeführt sind.

- (4) Der Verfassungsvertrag findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.
- (5) Der Verfassungsvertrag findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden auf die Ålandinseln Anwendung.
- (6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:
- a) Der Verfassungsvertrag findet auf die Färöer keine Anwendung.
 - b) Der Verfassungsvertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.
 - c) Der Verfassungsvertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

Artikel D: Regionale Zusammenschlüsse

Dieser Verfassungsvertrag steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, sofern die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch die Anwendung dieses Verfassungsvertrags nicht erreicht sind.

Artikel E : Protokolle

Die diesem Vertrag beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel F: Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags

- (1) Die Regierung jedes Mitgliedstaats, das Europäische Parlament oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung des Verfassungsvertrags vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt.
- (2) Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten einer Änderung der Verfassung ab, beruft der Europäische Rat einen Konvent ein. Dieser setzt sich zusammen aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments und der Kommission.
- (3) Die vom Konvent angenommene Empfehlung wird einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten vorgelegt, die die Änderung der Verfassung vereinbart. ~~des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren.~~ Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört. Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.
- (4) Der Europäische Rat kann beschließen, auf die Einberufung eines Konvents zu verzichten, wenn die zu vereinbarenden Änderungen des Verfassungsvertrags lediglich technischer Natur sind.

Artikel G: Annahme, Ratifikation und Inkrafttreten des Verfassungsvertrags

- (1) Dieser Verfassungsvertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.
- (2) Dieser Verfassungsvertrag tritt am ... in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.
- (3) Falls nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags vier Fünftel der Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert haben und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten sind, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage.

Artikel H: Geltungsdauer

Der Verfassungsvertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel I: Sprachen ¹

Der Verfassungsvertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

¹ Dieser Artikel muss der Beitrittsakte angepasst werden.

Explanation:

Artikel B:

Die Rechtsnachfolge umfasst die Europäische Gemeinschaft sowie die Union.

Darüber hinaus sollte noch genauer geprüft werden, ob tatsächlich eine Rechtsnachfolge oder nicht vielmehr eine Fortsetzung der bisherigen Gemeinschaft, mit einem um die bisherigen Unionsbereiche erweiterten Zuständigkeitsbereich (Rechtsidentität) unter dem neuen Namen Europäische Union vereinbart werden sollte.

In Absatz 2 sollten die Worte "der Organe der Union" gestrichen werden. Es muss sichergestellt werden, dass auch die Rechtsakte der Institutionen, die keinen Organstatus haben, weiter gelten.

Der letzte Satz in Absatz 2 über die Fortgeltung der Rechtsprechung gibt die Rechtslage nicht zutreffend wieder, da Rechtsprechung nicht "gilt", sondern vom EuGH als Erkenntnisquelle bei der Auslegung des geltenden Rechts herangezogen wird.

Artikel C: Der Artikel sollte alle Länder aufführen, die den Verfassungsvertrag voraussichtlich unterzeichnen werden.

Artikel F: Verfassungsänderungen sollten auch künftig möglichst transparent und bürgernah, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, erfolgen. Die Einberufung eines Konvents zur Vorbereitung der Regierungskonferenz sollte daher als Grundsatz in der Verfassung verankert werden. Bei rein technischen Änderungen des Verfassungsvertrags sollte der Europäische Rat die Möglichkeit erhalten, einstimmig auf die Einberufung eines Konvents zu verzichten.

Artikel I: Der Artikel sollte bereits jetzt die Sprachen aller Länder aufführen, die den Verfassungsvertrag voraussichtlich unterzeichnen werden.